

Liestal. Eltern im oberen Baselbiet kritisieren, dass der Kanton zwar Integration für ihre Kinder mit Behinderung verspricht, diese jedoch nicht umsetzen kann. Nun haben sie eine Selbsthilfegruppe gegründet. **Seite 17**

Staatsverträge unter Beschuss

In Neuverhandlungen will Baselland bessere Konditionen und beisst damit bei Basel-Stadt auf Granit

Von Boris Gygax

Liestal/Basel. Der Kanton Baselland ist finanziell angeschlagen. Auf der Suche nach Sparmöglichkeiten ist man auch bei den Staatsverträgen mit Basel-Stadt fündig geworden, und zwar bei den gemeinsamen Institutionen. Denn dabei werden die Kosten zwischen den beiden Kantonen oft 50:50 aufgeteilt. Im Rahmen der direktionsübergreifenden Massnahmen (Ü-Massnahmen) des Entlastungspakets 12/15 sollen diese neu verhandelt werden.

Grossen Teilen der SVP und der FDP ist die Teilung der Kosten ein Dorn im Auge. «Obwohl Basel-Stadt deutlich vermöglicher ist als Baselland, wird halbe-halbe gemacht», sagt SVP-Landrat Karl Willimann. Für ihn sind die Verträge auch der Hauptgrund für die finanzielle Schieflage. Als Beispiel nennt er die Universität Basel. «Man hätte sorgfältiger prüfen müssen, ob eine hälftige Beteiligung tragbar ist.» Beide Halbkantone zahlen die Vollkosten ihrer Studierenden, das Restdefizit von jährlich 150 Millionen würden sie sich aber teilen, genau so wie die Investitionen in Neubauten, erklärt Willimann.

Folgen der Verträge unterschätzt

Auch SVP-Landrat Hanspeter Weibel findet die 50:50-Finanzierungen falsch. «Der Grundgedanke sollte doch sein, den Aufwand für gemeinsame Projekte nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Partner aufzuteilen.»

FDP-Fraktionspräsident Rolf Richter schliesst sich an: «Die Verträge sind die Ursache für das strukturelle Defizit. Wir sind teure Verpflichtungen eingegangen und haben damit auf zu grossem Fuss gelebt.» Die Vereinbarungen seien damals etwas blauäugig unterzeichnet worden.

«Solche Abkommen abzuschliessen war ein Fehler der Regierung», beschwert sich Willimann. Eine 50:50-Lösung sei untragbar. «Wir haben uns über den Tisch ziehen lassen.» Die Folgen dieser Verträge habe man unterschätzt.

Anders sieht dies Adrian Ballmer. Der Baslerbieter Finanzdirektor bezeichnet das Finanzierungsmodell der Universität als fair. «Unfair hingegen ist, dass die übrigen Schweizer und ausländischen Studierenden ihre Kosten nicht tragen und das Restdefizit erheblich belasten.» Er habe nicht schlecht verhandelt, sagt Ballmer. Jedoch hätten sich die Finanzen seither in zweierlei Hinsicht anders entwickelt als erwartet: Erstens seien die Kosten der Neubauten stärker gestiegen als vermutet. Zweitens hätten sich die volkswirtschaftlichen Einkommen der beiden Basel nicht angenähert. Somit seien nicht die Verträge als solche schuld an der Mehrbelastung des Budgets. Verantwortlich sei vielmehr die Kostenentwicklung.



Teure Verpflichtung. Die beiden Basel teilen sich das Restdefizit von 150 Millionen der Universität Basel. Foto Christoph Stulz

Der Basler Regierungspräsident Guy Morin kann die Aufregung um die Staatsverträge nicht nachvollziehen. «2004 sind alle Standards, auf denen die Verträge für die gemeinsamen Institutionen basieren, von beiden Regierungen beschlossen worden.» Diese seien heute noch gültig und auch fair. Das Argument der finanziellen Leistungsfähigkeit lässt er nicht gelten. «Pro Kopf ist sie in Basel-Stadt tatsächlich höher. Absolut betrachtet ist die von Baselland aber grösser – aufgrund der grösseren Bevölkerung.»

Willimann, Richterich und Weibel berufen sich aber auf das totale Steuereinkommen der Kantone. Basel-Stadt verzeichnet da fast 700 Millionen mehr Einnahmen als Baselland. Trotzdem findet Morin das Finanzierungsmodell der Universität fair. «Wir zahlen für die Universität einen Standortvorteil an Baselland. Beim Restdefizit bezahlen wir mehr. Dies wird erst über die nächsten Jahre angepasst.»

So viel zum Status quo. Die Universität ist nur ein Beispiel für gemeinsame Institutionen, bei welchen die Kostenaufteilung kritisiert wird. Die Rheinhäfen oder die Fachhochschule Nordwestschweiz wären weitere. Richterich und Willimann fordern, dass alle Verträge

mit Basel-Stadt überprüft werden müssen. Diese Verhandlungen sind auch Teil der Ü-Massnahmen. Ziel der Einsparung: rund zehn Millionen Franken.

Knackpunkt: Kostenaufteilung

In einem gemeinsamen Vorgehensplan haben die beiden Regierungen allerdings bereits beschlossen, in Partnerschaftsverhandlungen die Staatsverträge regelmässig zu überprüfen. «Wir haben den generellen Auftrag, in den Verhandlungen mit Basel-Stadt die Finanzkraft zu berücksichtigen. Damit verändert man auch den Schlüssel der Kostenaufteilung», sagt Ballmer.

Seines Erachtens wird die Finanzkraft künftig bei gemeinsamen Institutionen eine Rolle spielen, aber nicht beim Leistungseinkauf, wo Standardkosten gelten sollen. Ballmers Fazit: «Der Auftrag aus dem Entlastungspaket kann zu einem Anpassungsbedarf der Standards führen.» Was kein Geheimnis sein dürfte: Baselland hofft dabei auf eine Anpassung ihres Kostenteils nach unten. Genau damit beschreiben Ballmer den Knackpunkt dieser Verhandlungen.

Am Verhandlungstisch hätten beide Regierungen ausgemacht bei den gemeinsamen Institutionen zu prüfen, ob es Optimierungspotenzial gebe, so

Morin. Es gehe also um Einsparungen auf beiden Seiten, nicht um eine Änderung der Kostenaufteilung. «Die ausgehandelten Rahmenbedingungen stehen nicht zur Debatte», stellt Morin klar.

Es scheint also, als würde Finanzdirektor Ballmer auf Granit beißen, sollte bei den Neuverhandlungen die Berücksichtigung der Finanzkraft – und damit eine Verschiebung der Kostenaufteilung – zur Sprache kommen. Fest steht, dass beispielsweise der Universitätsvertrag im Rahmen der Ü-Massnahmen nicht neu verhandelt wird. «Dieser hat eine längere Laufzeit», sagt Ballmer.

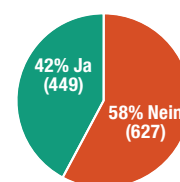
Doch es kommen auch versöhnliche Töne aus Basel. Grundsätzlich möchte Morin festhalten, dass die Partnerschaft der beiden Basel sehr gut funktioniert und beispielhaft ist für den kooperativen Föderalismus. «Wir dürfen das ganze System nicht infrage stellen.»

Unwahrscheinlich also, dass sich das ganze System ändert. Obwohl Willimann und Richterich auch die Kündigung der Verträge in Betracht ziehen, sollten sich die Bedingungen nicht zugunsten von Baselland ändern. Für den Basler Regierungspräsident Morin ist dies keine Option. Sicher werden aber zukünftige Verhandlungen über die Kostenaufteilung gemeinsamer Institu-

tionen härter ausfallen. Bleibt zu hoffen, dass daran nicht zukünftige und für die Region wichtige Projekte scheitern – so, wie das bei der Zusammenlegung der Kantonslaboratorien beider Basel passiert ist. Sie hätte eine Verbesserung im interkantonalen Vergleich bedeutet. Für Baselland wäre sie allerdings mit höheren Aufwendungen verbunden gewesen. Darum hatte die Baslerbieter Regierung damals das Projekt abgelehnt.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage vom Samstag: Müssen Gemeindeverwaltungen aufrüsten?



Soll Baselland weniger bezahlen?

Der Kanton Baselland möchte in den Neuverhandlungen mit Basel-Stadt eine andere Kostenaufteilung für gemeinsame Institutionen erreichen. Ist diese Forderung berechtigt? www.baz.ch

ANZEIGE

EIN FEST FÜR ALLE!
EHC BASEL UND ST. JAKOB-ARENA

80 + 10 JAHRE
Sonntag, 14. Oktober 2012
St. Jakob-Arena
Türöffnung 13.00 Uhr
Eintritt gratis

EHC Basel Sharks vs HC La Chaux-de-Fonds
16.00 Uhr

» Festbetrieb mit Familienmenü
» Streetband «Improvisant»
» Pio Parolini Allstar Spiel / 13.30 Uhr
» Pauseneinlage mit FC Basel 1893 Prominenz

19. JAHRE ST. JAKOBARENA® BASEL STADT BASELSTADT BASELSTADT

Birsfelden will Stau auf der Autobahn provozieren

Politik verlangt drastische Massnahmen zur Entlastung der Hauptstrasse

Von Georg Schmidt

Birsfelden. Es ist wohl kein Zufall, dass mit den Ländräten Claudio Botti (CVP), Christoph Hiltmann (FDP) und Landrätin Regula Meschberger (SP) gleich alle drei Anwärter auf das Birsfelder Gemeindepräsidium ihre Unterschrift unter eine Motion gesetzt haben, die eine «Verkehrsentlastung für Birsfelden» fordert. Mit von der Partie sind aber auch Gemeinderat Jürg Wiedemann (Grüne) und EVP-Landrätin Sara Fritsch.

«Beinahe täglich wird die Gemeinde Birsfelden durch Stau derart blockiert, dass eine normale Durchfahrt durch die Ortschaft verunmöglicht wird», heisst es in dem Vorstoss. Diese Zustände seien für die Birsfelder Bevölkerung, das Gewerbe und auch für den öffentlichen Verkehr auf Dauer unzumutbar. Sobald die A2/A3 überlastet sei, suchten viele Autofahrer eine Alternative, sagt der

amtierende Vize-Gemeindepräsident Botti. Das heisst: runter von der Autobahn und rauf auf die Kantonsstrasse.

«Das ist ein grosses Problem für uns», bestätigt Roman Stingelin. Der Chef der Autobus AG Liestal (AAGL) weist auf die Linien 80 und 81 hin, die von Liestal nach Basel durch Birsfelden fahren. «Eine fünf viertel Stunde war die Rekordverspätung.» Man bemühe sich zwar, mit Ersatzbussen die Ausfälle zu bewältigen, das sei aber eine «grosse betriebliche Herausforderung», weil die Staus sehr unregelmässig auftreten.

«Besser in der Hard draussen»

Jetzt soll die Regierung beauftragt werden, «im Hardwald die nötigen Einrichtungen aufzustellen, damit bei Staubildung der Zugangsverkehr durch Birsfelden geregelt wird». Konkret: Ausserhalb von Birsfelden soll notfalls ein künstlicher Stau provoziert werden, bis

sich der Verkehr in Birsfelden wieder verflüssigt hat. «Die Frage ist doch: Wo soll die Kolonne stehen? Ich meine: Besser in der Hard draussen als vor der Haustüre der Leute in Birsfelden», sagt Botti. Er denkt dabei an eine Art Tropfenzählersystem, wie man es etwa am Gotthard kennt. «Neben speziell geschalteten Ampeln ist auch eine Sperrung der Autobahnein- und -ausfahrten gängige Praxis», heisst es in der Motion. Zum Einwand, dass die Birsfelder Wünsche negative Auswirkungen auf das höherrangige Verkehrssystem haben könnten, betont Botti, dass man die Detailplanung den Fachleuten überlassen müsse.

Auf der Birsfelder Hauptstrasse zählt man gemäss der kantonalen Verkehrserhebung 2011 durchschnittlich einen täglichen Verkehr von über 10 000 Fahrzeugen. Das ist viel – aber weniger als auf anderen Strassen mit Durchgangskarakter. Dennoch: Birsfelden leidet seit

Jahren unter der Verkehrslawine. «Wenn es auf der Autobahn chlopft oder sonst ein Problem gibt, haben wir den ganzen Verkehr im Dorf – und das ist ziemlich häufig der Fall», hatte ein Birsfelder der BaZ schon 2006 zu Protokoll gegeben.

ANZEIGE

LISTE 10
Grossratswahlen

Wir senken die Luftbelastung UND die Staatsverschuldung.

www.bs.grunliberale.ch grunliberale